

Munich, April 10 - (NCA/EC) - following report appeared in the NEUE ZÜRCHER ZEITUNG of April 10, 1990; titled:

## Besuch aus Tschernobyl

An der Universität Zürich Irchel fand vergangenen Freitag ein ganztägiges Seminar zum Thema «Tschernobyl: Ökologische und politische Folgen des Reaktorunfalls» mit Rednern aus der Sowjetunion statt. Veranstaltet von den Ärzten für soziale Verantwortung (PSR) und der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES), wurde der Anlass als Manifestation gegen die Kernenergie inszeniert.

hc. Aus der Ukraine nach Zürich gekommen waren *Juri Stscherbak* und *Rolan Sergejenco*, zwei der engagiertesten sowjetischen Kritiker des politischen und medizinischen Geschehens im Umfeld der Tschernobyl-Katastrophe. Den wahren Grund, warum die beiden Organisationen zum Seminar geladen hatten, verrieten bereits die Begrüßungsworte. *Martin Walter*, Präsident der PSR, bezeichnete sich als «Atomgegner» und wies auf die kommenden Abstimmungen gegen die Kernenergie in der Schweiz hin; *Thomas Flüeler*, Geschäftsführer der SES, warnte davor, Tschernobyl sowjetspezifisch zu betrachten, und gab der Veranstaltung das Motto «Tschernobyl ist überall» auf den Weg.

### Kritik aus der Sowjetunion

Stscherbak, Schriftsteller und Arzt, hatte schon in den ersten Tagen nach der Katastrophe damit begonnen, die Auswirkungen zu studieren; sein Buch «Protokoll einer Katastrophe» fand internationale Beachtung. In seinem Zürcher Vortrag verglich er das Geschehen bei Tschernobyl mit dem Weltuntergang des Johannesevangeliums und konstruierte zwischen Kernkraftwerk und Atombombe einen «inneren Zusammenhang». Tschernobyl ist für ihn ein «Kriegsereignis», mit Opfern und Helden, Flüchtlingen und tränenden Müttern. Mit zahlreichen Daten dokumentierte Stscherbak in Zürich schliesslich die strahlenmedizinischen und ökologischen Folgen der Katastrophe. Eine Fläche von etwa dem *Viertel der Schweiz* muss heute in der Umgebung von Tschernobyl als *erheblich verstrahlt* gelten (mindestens 15 Curie Cäsium pro Quadratkilometer), und in den kommenden Jahrzehnten werden schätzungsweise über *100 000 Menschen* auf Grund der zusätzlichen Strahlenbelastung an *Krebs erkranken*.

Solche Informationen sind zwar nicht neu und im Westen bereits seit einiger Zeit bekannt. Dem ukrainischen Kritiker und seinen Kollegen kommt aber das Verdienst zu, mit ihrem beharrlichen Kampf gegen die offiziellen Vertuschungsmanöver die *sowjetischen Behörden* schliesslich zu *mehr Offenheit gezwungen* zu haben. Scheinen die offiziellen Stellen selbst heute noch die Folgen zu verniedlichen, steht manches der dramatischen Bilanz der Kritiker ebenfalls auf *schwachen Füßen*. Denn die mangelnden statistischen Angaben über den detaillierten Gesundheitszustand der Bevölkerung vor der Katastrophe verunmöglichen ein epidemiologisches Werten der nun «*vermehrt*» auftretenden Krankheiten und Beschwerden, von Fehl- und Missgeburten bei Mensch und Tier. Und dass die Häufigkeit von Schilddrüsenkrebs, Leukämien und weiteren Krebsarten in der Folge der Strahlenbelastung bereits markant angestiegen sei, widerspricht den in Hiroshima und Nagasaki beobachteten, wesentlich längeren

Krebsentwicklungszeiten.

### Umstrittenes Schutzkonzept

Ausserst unzufrieden zeigte sich Stscherbak mit dem seit kurzem in der Sowjetunion adoptierten *35-rem-Konzept*. Mit dieser Massnahme limitieren die Behörden jetzt die dem einzelnen Bewohner zumuthbare, Tschernobyl-bedingte Strahlendosis auf insgesamt 35 rem. Auf ein Lebensalter von 70 Jahren berechnet, bedeutet dies im Durchschnitt 0,5 rem jährlich, was just der Belastung entspricht, die auch in der Schweiz als Toleranzgrenze gilt. Stscherbak verdammt dieses Konzept jedoch als «*pseudowissenschaftlich*» und nannte es ein rein politisches und wirtschaftliches Konzept, das überdies auf der falschen Annahme einer völligen Ungefährlichkeit von Strahlendosen unterhalb 50 rem beruhe.

Nun wird in der Tat von der internationalen Fachwelt für die nichtakuten Strahlenschäden – vor allem spätere Krebskrankheiten – *keine untere Schwellendosis* vermutet, und selbst geringe Strahlenmengen sollten deshalb nach Möglichkeit vermieden werden. Da wir aber schon von Natur aus in einem Strahlenumfeld von einigen zehntel rem pro Jahr leben, ist es vernünftig, auch für zusätzliche Belastungen einen gewissen Toleranzwert zu akzeptieren, beispielsweise in der Grössenordnung der natürlichen Strahlenbelastung. Mangels detaillierter Kenntnisse der Wirkung kleiner Strahlendosen tragen solche Grenzwertfestsetzungen aber immer auch politische Züge. Die vehemente Kritik am 35-rem-Konzept soll jetzt die ukrainischen Gesundheitsbehörden zu einer Senkung der tolerierten lebenslänglichen Dosis auf *maximal 10 rem* bewegen haben. Auf

(PTO)

das gesamte Katastrophengebiet angewandt, würde ein derart tiefer Grenzwert allerdings die zusätzliche Umsiedlung von rund einer Million Menschen bedeuten. Dieser auch aus seriöser strahlenmedizinischer Sicht unverhältnismässig tief erscheinende, neue Grenzwert muss allerdings vor dem Hintergrund *administrativer Schlamperei* in den stark verstrahlten Gebieten betrachtet werden, wo bisherige Schutzkonzepte weitgehend illusorisch sind, weil etwa die Versorgung der Bevölkerung mit von aussen herantransportierten «sauberen» Lebensmitteln nicht klappt.

### Kernkraftwerke und Totalitarismus

Rolan Sergejenko kritisiert Tschernobyl mit filmischen Mitteln. Die in Zürich gezeigten Ausschnitte aus seinen drei Filmen belegen das dramatische Geschehen in *Pripjat*, einer heutigen «Geisterstadt», nur 4 Kilometer vom Unglücksreaktor entfernt. Am Tag nach dem Unglück patrouillierten Polizisten in Schutzanzügen und Gasmasken durch die Strassen - während man die Kinder völlig ungeschützt weiter im Park spielen liess. Jahre später dann die Aussagen von Leuten aus den betroffenen Gebieten, die sich über immer noch fehlende Schutzmassnahmen beklagen und zur Politik der Behörden meinen: «Sie lügen, sie lügen.» In Bildern der Gerichtsverhandlung gegen einen Chefingenieur der verunglückten Reaktoranlage schliesslich die wiederholte Beteuerung, das Personal sei unschuldig, man habe nicht gewusst, wie gefährlich die Sache gewesen sei.

Die *Schuldfrage* animierte den ukrainischen Filmemacher zu grundsätzlichen Betrachtungen. Zwar wolle er keinerlei Einfluss auf die Schweizer Abstimmungskampagne nehmen. Aber die gesamte *Geschichte der Kernkraftwerke* sei eng mit dem *Totalitarismus* verbunden. Eine Technik, welche die Gefährdung von Menschen in Kauf nehme, ja nur schon mit dieser Möglichkeit rechne, zeuge von totalitärer Haltung. Beim Auto sei dies insofern anders, als dort jeder sich für das Risiko frei entscheiden könne. Bei AKW würden die Leute aber nicht gefragt. Solche Betrachtungsweise war mindestens einem Teil der Zuhörer doch zuviel, und Sergejenko musste sich aus dem Saal den Hinweis gefallen lassen, das Auto-Risiko sei für alle Strassenbenützer ausserhalb dieser Vehikel ebenfalls unfreiwillig, jede Art von Technik nehme ein gewisses Mass an Risiko in Kauf, mitschuldig an den Risiken der Energietechnik sei jeder Energiekonsument.

### Handfeste Polemik

So kontrovers gewisse Aussagen der ukrainischen Besucher auch gewesen sein mögen, sie waren doch Ausdruck der unmittelbaren Betroffenheit durch die Reaktorkatastrophe. Die Veranstalter und weitere Kernkraftgegner liessen nun während des Seminars keine Gelegenheit aus, darauf hinzuweisen, Tschernobyl stelle keinen Sonderfall dar und auch die Kernkrafttechnik im

Westen und in unserm Land sei ähnlich gefährlich.

Dies wurde einigen Zuhörern schliesslich zu bunt. Die Veranstalter bekamen den Vorwurf zu hören, sie benutzten die Opfer von Tschernobyl als Vehikel für die kommenden Schweizer AKW-Abstimmungen. Auch habe der Unfall von Harrisburg doch gezeigt, dass mit entsprechenden technischen Sicherheitsvorkehrungen selbst bei einem Grossversagen eine Katastrophe vermeidbar sei. Und als Martin Walter von den Ärzten für soziale Verantwortung dieses Votum mit dem Argument zurückwies, man wolle an der Veranstaltung keine Polemik, wurde es selbst Sergejenko zuviel: Er bestätigte, dass der Tschernobyler RBMK-Reaktortyp in der Tat einer der unzuverlässigsten Reaktoren der Welt sei und man Tschernobyl nicht als Argument gegen die Kernkraftwerke generell nehmen könne. Was Walter nicht daran hinderte, die Tagung mit dem Credo zu schliessen: Man wolle keinen weiteren Unfall und man müsse deshalb unserer Regierung die Kernenergieoption entziehen.